

**Antrag 2022/I/Arb/1**

**ASF Hamburg**

**Der/Die Landesparteitag möge beschließen:**

**Abschaffung der Geringfügigkeitsgrenze (Minijobs)**

- 1 Der Landesparteitag der SPD-Hamburg möge beschließen:
- 2 Die Bundesregierung wird aufgefordert:
- 3 Die Geringfügigkeitsgrenze (Minijobs) wird für alle über 18 Jahren abgeschafft. Jede Beschäfti-
- 4 gung soll steuer-, sozial und rentenversicherungspflichtig sein.

5

**6 Begründung**

7 Im Koalitionsvertrag ist vereinbart, dass die Situation der Minijobbenden verbessert werden  
8 soll. Wir aber fordern die Abschaffung der Minijobs für Personen ab 18 Jahre bis zum Renten-  
9 eintritt, weil das System Minijobs nicht nachhaltig ist.

10 Minijobs zementieren für Frauen die Zuverdienendenrolle.

11 Minijobs existieren bereits seit 45 Jahren und resultieren aus einem überholten Bild der Frau als  
12 Zuverdienerin. Noch heute werden überproportional viele Minijobs von Frauen wahrgenom-  
13 men.

14 Derzeitige gesetzliche Regelungen

15 Minijober:innen können in die Rentenversicherung einzahlen, müssen es nicht. In der Regel  
16 zahlen Arbeitgebende pauschal 15% und die ArbeitnehmerInnen 3,6% in die Rentenkasse ein.

17 Minijobs zahlen nicht in die Arbeitslosenversicherung ein.

18 • Arbeitnehmer:innen erwerben somit keine Ansprüche auf Arbeitslosengeld und sind im  
19 Falle der Arbeitslosigkeit auf das Sozialamt angewiesen.

20 • Sie haben kein Anspruch auf Kurzarbeitergeld.

21 Minijobs zahlen keine Beiträge in die Kranken- und Pflegeversicherung.

22 • Bis zu einem Beitrag von 520 Euro müssen sich Arbeitnehmer:innen anderweitig versichern.  
23

24 Auswirkungen von Minijob

25 Minijobs manifestieren prekäre Arbeitsverhältnisse und -bedingungen.

26 • So müssen z. B. im Einzelhandel Arbeitnehmer:innen für Verkaufstätigkeiten am

27 Wochenende auf Abruf bereitstehen.

28 • Hohe Abhängigkeit vom Arbeitgebenden. Verlust des Arbeitsplatzes bedeutet kein

29 Arbeitslosengeld.

30 • Oft werden mehr als ein Minijob angenommen um auf 520 Euro zu kommen.